für die
**volks-
macht**

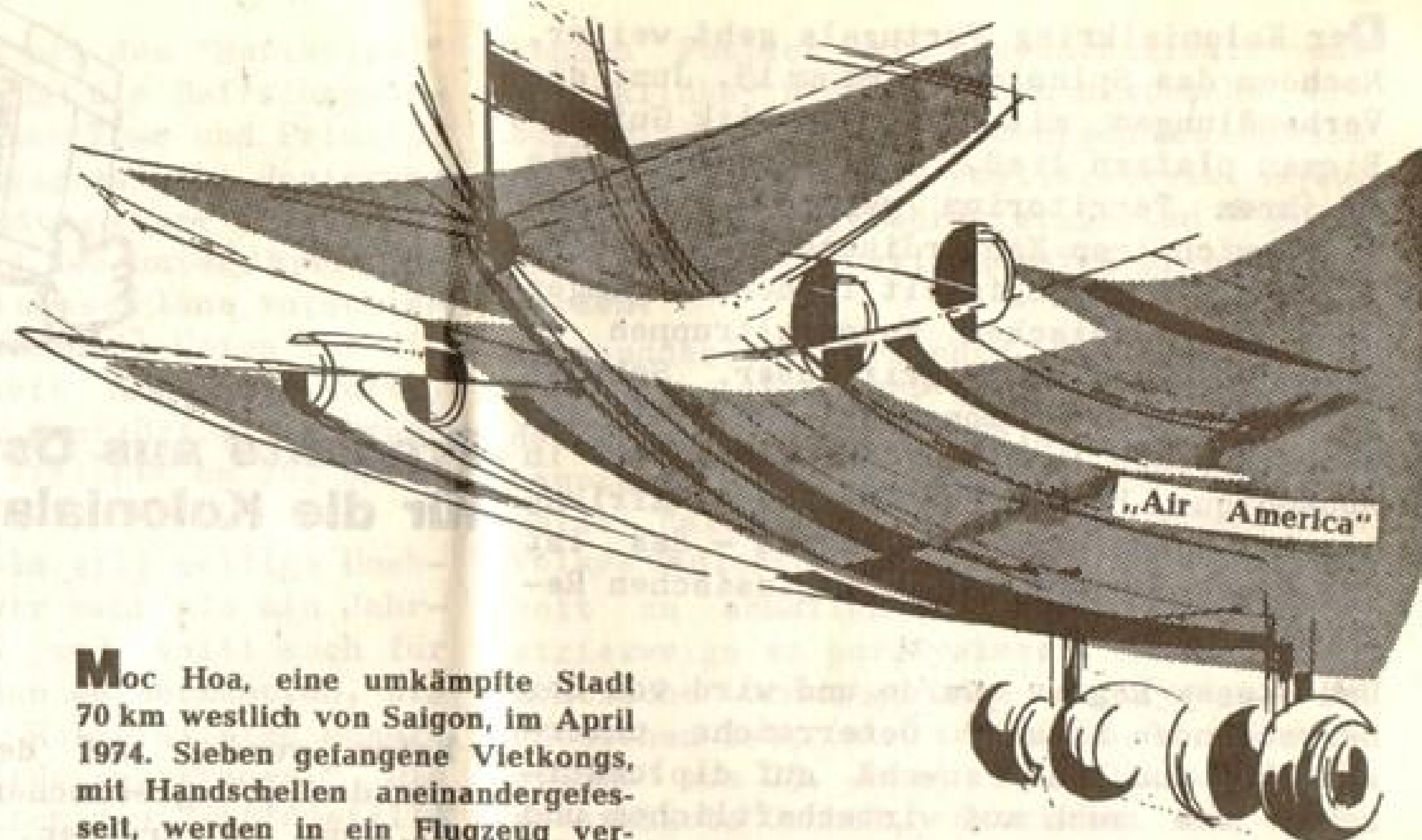
Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML)

Eigentümer: Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML); Herausgeber und Verleger: Alfred Jocha; alle: 1200 Wien, Dresdner Straße 48/4/7. Für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Herbert Treitl, 1020 Wien, Czerningasse 15/2.

P. b. b. Verlagspostamt 1200 Wien
Erscheinungsort Wien

VRÄ

Telefon 33 87 774
Zuschriften an: 1205 Wien, Fach 3



Beim CIA nichts Neues: Ein Vertragsbruch wie jeder andere

Moc Hoa, eine umkämpfte Stadt 70 km westlich von Saigon, im April 1974. Sieben gefangene Vietkongs, mit Handschellen aneinandergefesselt, werden in ein Flugzeug verfrachtet, das soeben auf der staubigen Piste gelandet ist. Ein Fotoreporter knipst die Szene, und irgendwie bringt er die Aufnahme, trotz des allgegenwärtigen CIA und der Saigoner Zensur, ins Ausland. Das Foto ist nämlich „heiß", es zeigt nicht nur die Gefangenen, sondern auch die Aufschrift am Aluminiumrumpf der Maschine: „Air America". Womit bestätigt ist, daß eine dem amerikanischen Geheimdienst CIA gehörende Fluggesellschaft noch immer die Saigoner Truppen unterstützt — und damit gegen die Pariser Verträge verstößt.

Die Provisorische Revolutionsregierung Südvietnams hatte schon vorher bekanntgegeben, daß sich noch 25 000 US-Amerikaner im Land befinden, worauf die amerikanische Zeitschrift „Newsweek" diese Zahl zwar auf 5000 „Militärberater, Techniker und Zivilisten" herunterhandelte, den Vertragsbruch selbst jedoch bis jetzt nicht bestritten hat. Aber Vertragsbrüche gehören beim CIA ja gewissermaßen zum täglichen Brot, und das Strafregister der „Air America" ist entsprechend lang. Vor und nach 1949 zum Beispiel flog die Firma, damals unter dem Namen CAT, illegale Einsätze für Tschiangkaischek. Besonders in Birma und der chinesischen Provinz Jünnan wurden eifrig Waffen und Spione hin- und hergeflogen, wobei es nahtlos ins schmutzige Bild paßt, daß Tschiangs Söldner noch jahrelang nach ihrer Vertreibung vom übrigen Festland an der birmanisch-chinesischen Grenze einen Kleinkrieg führten und von diesem Gebiet aus auch einen schwunghaften Rauschgifthandel betrieben. Teilhaber an der „privaten" Fluggesellschaft war damals übrigens Tsu-wen Sung, der Schwager Tschiangkaischeks.



CAT-Piloten brachten auch Nachschub nach Dien Bien Phu. Die Niederlage der französischen Kolonialarmee bewog die Firmeninhaber jedoch, den nunmehr kompromittierten Namen zu ändern, so daß im Nachbarland Laos die geheimen Feindflüge gegen den dortigen Pathet Lao bereits von „Air America"-Piloten unternommen wurden.

Schwestergesellschaften der „Air America" wiederum waren in Kongo-Leopoldville (jetzt Zaire) tätig und jagten in Bolivien die Guerillas des Che Guevara.

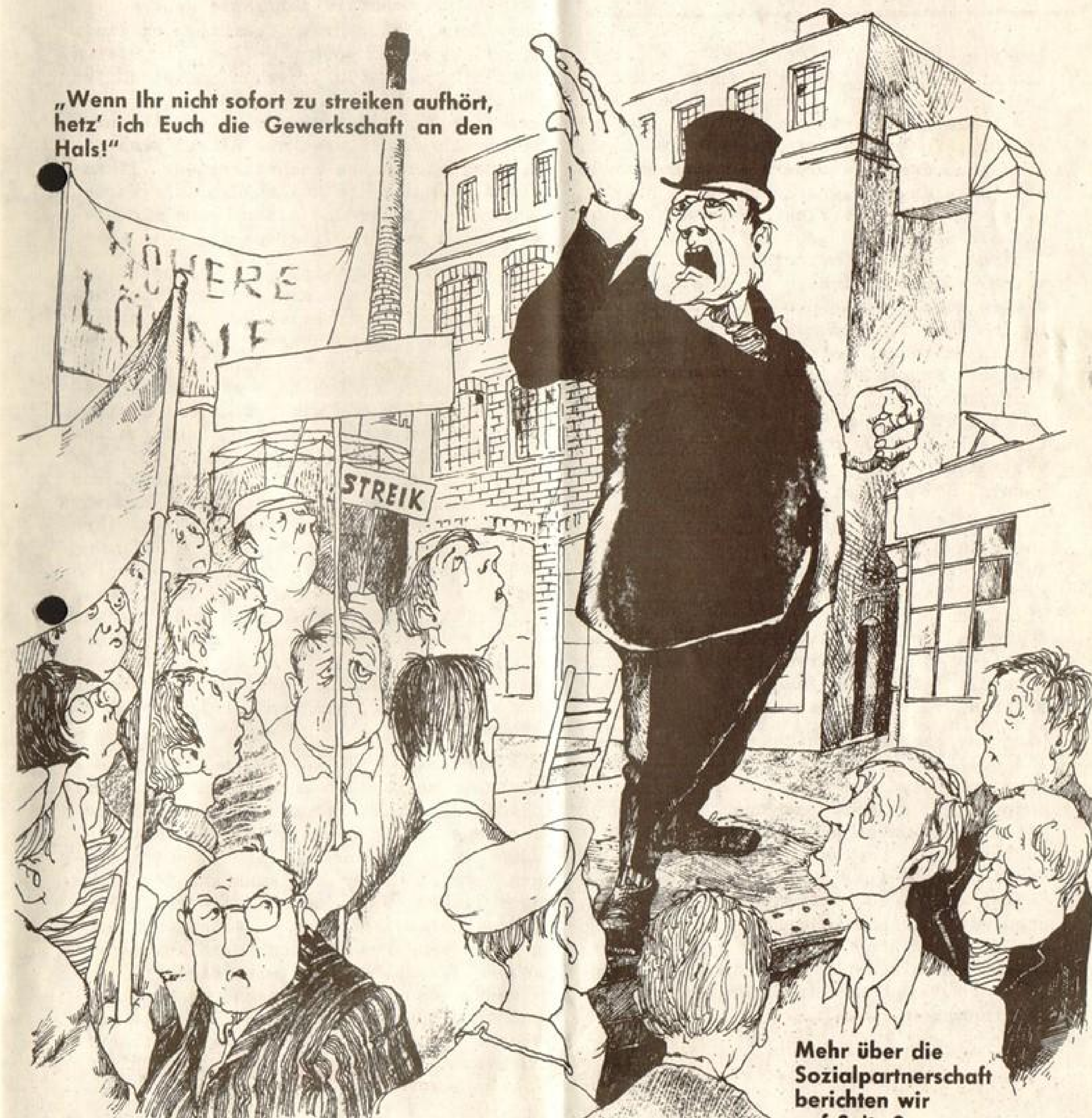
Das Hauptaugenmerk der schmutzigen Luftkrieger konzentriert sich allerdings nach wie vor auf Asien, und es finden sich stets genügend ehemalige US-Offiziere, die für ein Jahresgehalt von annähernd 100 000 Dollar Kopf und Kragen riskieren und das Saigoner Kanonenfutter in die von der Befreiungsfront umzingelten Stützpunkte bringen, Bombenflugzeuge ins Zielgebiet dirigieren oder Agenten in den befreiten Gebieten absetzen. Vor einiger Zeit wurde sogar eine neue Gesellschaft gegründet, die „Khmer Airlines". Sie soll die bedrohliche Lage an den Fronten Kambodschas verbessern und das Regime in Phnom Penh vor dem totalen Zusammenbruch bewahren. Der Präsident der neuen Gesellschaft? Ein enger Vertrauter Tschiangkaischeks. ●

für die volksmacht

Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten)

Einzelpreis S 3,–
Jahresabonnement S 30,–

Nummer 88 · Juli 1974



„Wenn Ihr nicht sofort zu streiken aufhört, hetz' ich Euch die Gewerkschaft an den Hals!"

Mehr über die Sozialpartnerschaft berichten wir auf Seite 3


„Und jetzt die immer wieder gern gespielte alte Platte der Regierung ..."

„Sparsam sein, Gürtel enger schnallen!"

Immer sollen wir Arbeiter den Gürtel enger schnallen. Die Teuerung müssen wir ja auch aus unserem Lohnsackerl bezahlen. Die Inflation resultiert nicht, wie uns die Regierung immer einzureden versucht, auf Grund der Lohnforderungen der einzelnen Berufszweige, sondern ihre Ursache liegt im kapitalistischen System selber. Daß die Schuld an der Inflation und der Teuerung vom System herrühren muß, leuchtet vielen Österreichern schon ein. Jedoch diejenigen, welche die Geschicke unseres Landes lenken, sind nicht wir, die arbeitenden Menschen, sondern die Unternehmer, Manager, Banken usw. Sie sind es, die uns einreden wollen, daß wir die Geschicke im Staat lenken, indem sie uns eine "Demokratie" vorgaukeln, in der wir unsere "Volksvertreter" durch freie Wahl bestimmen können.

Es hat sich aber auch schon herumgesprochen, daß ich durch meine Stimme bei den Wahlen keinesfalls die Teuerung oder eine Wirtschaftskrise verhindern kann. Und Institutionen wie das Parlament, die Parteien und der ÖGB vertreten nicht die Interessen der arbeitenden Menschen, sondern die Interessen jener Handvoll Multimillionäre, die in Österreich herrscht.

Diese herrschende Schicht von Kapitalisten befindet sich schon lange in einer Wirtschaftskrise, die sie durch ihre Machtkämpfe in der Welt zur Ausweitung ihrer Monopolstellungen und um vorhandene nicht zu verlieren, selbst hervorbringen. Auf der anderen Seite lassen sich auch die Völker der 3. Welt nicht länger ausplündern. Was die Kapitalisten aber bei fremden Völkern nicht mehr plündern können, das wollen sie durch verstärkte Aussackelung der "eigenen" Arbeiterklasse wieder hereinbringen.

So steigt die Inflation, und wir müssen noch mehr arbeiten. Die Politiker sagen uns, daß wir sparen sollen. Sie aber bauen uns Projekte wie Donauinsel, UNO-City usw. vor die Nase, die Milliarden kosten. Diese Bauten kommen jedoch nicht uns zugute, sondern wieder nur den Herrschenden und ihren Beamten und Handlangern, die sich auf Kosten unserer Steuergelder in solchen Gebäuden breitmachen. Spitäler, welche wir dringend brauchen, hätte man mit diesen Milliarden bauen können. Um Spitäler und Altersheime zu bauen, werden wir jedoch nochmals zur Kasse gebeten, in der Form, daß die Zigaretten um einen Schilling teurer werden sollen. Von diesem Schilling werden 50 Groschen angeblich für Spitalsbauten verwendet werden. Daß die Arbeiter für die Kosten der Spitalsbauten aufkommen sollen, ist uns klar. Denn die Kapitalisten haben noch nie etwas finanziert, von dem sie keinen Profit erwarten können. Spitäler und Altersheime sind bekanntlich kein Profitgeschäft.

Wie plump hört sich das Argument der "Fachleute" an, daß mit dem Bau der UNO-City für viele Arbeiter auf Jahre hinaus Arbeitsplätze "gesichert" wären. Würden diese Arbeitsplätze bei Spitalsbauten und anderen sozialen Gebäuden etwa nicht "gesichert"? Lassen wir uns nicht hinters Licht führen von Fachleuten, Sachverständigen usw., sie alle handeln bewußt oder unbewußt im Sinne ihrer Geldgeber, und dies sind eben die Kapitalisten und ihr Staat. Auch wenn die Unternehmer und ihre politischen Vertreter in SPÖ, ÖVP, FPÖ usw. noch so schöne Gesichter haben und sich in der Öffentlichkeit volkstümlich geben, dürfen wir nicht übersehen, daß sie von unserer Arbeit leben und unsere Feinde sind. Wir müssen erkennen, daß sie zwar schöne Worte machen, jedoch ihre Taten nur dem Kapital, nie den arbeitenden Menschen dienen.

Das muß uns bewußt werden, und jeder, der ein solches Bewußtsein schon hat, muß mit all seiner Kraft versuchen, seinen Kollegen das selbe Bewußtsein zu vermitteln, das Bewußtsein eines ehrlichen, aufrichtigen Marxisten. Nur das kann uns vor einem neuerlichen Faschismus - wie in Chile - oder imperialistischen Auseinandersetzungen mit anderen Staaten bewahren und erkennen lassen, daß nur wir, die Arbeiterklasse, uns von der Knechtung der Lohnsklaverei befreien können und deswegen unsere eigene Macht, die Volksmacht, aufrichten müssen.

F.P., Wien ●

für die Volksmacht

Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten)

»Arbeitervertreter« helfen den Unternehmern

Vor knapp einem Jahr — im August 1973 — haben wir in dem Artikel „Waschechte Kapitalisten: Die ÖGB-Bonzen" festgestellt, daß die Gewerkschaftsführer die ersten sind, welche die Kämpfe der Arbeiterklasse abzuwürgen versuchen. Die inzwischen gesammelten bitteren Erfahrungen — vor allem der Streik, der kürzlich in der Möbelfabrik Hukla stattfand — haben unseren Artikel voll auf bestätigt. Es erscheint uns daher nötig, das Wichtigste hier in Kürze zu wiederholen:

„Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiter selber sein." Wir müssen heute den Arbeitern ihre Stärke bewußt machen, ihnen klar machen, daß sie berechtigte und gerechte Forderungen nur durch ihren eigenen Kampf durchsetzen können. Denn nur allein durch diese Kämpfe werden sie in Zeiten der Hochkonjunktur ihre Arbeitskraft günstiger verkaufen können (denn auch das muß man sich erkämpfen!) und in Krisenzeiten die verstärkten Angriffe des Kapitals abwehren können. Das allein wäre aber ein „ewiger Kreislauf", dem die Arbeiter ausgeliefert wären, wenn sie ihr Klassenziel nicht erkennen. Die historische Aufgabe der Arbeiterklasse ist der Sturz der Ausbeuter und die Errichtung der Arbeitermacht. Dieses Ziel müssen wir immer vor Augen haben, müssen wir in der täglichen Kleinarbeit immer wieder den Arbeitern erklären. Wir müssen lernen, ihnen alle Angelegenheiten aus diesem Blickwinkel darzulegen. Das wird uns davor bewahren, in Ökonomismus abzugleiten, das heißt, sich nur stur um die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter zu kümmern und die revolutionäre Perspektive aus den Augen zu verlieren.

Der Ansatzpunkt unserer Arbeit liegt im Betrieb. Das ist offensichtlich, denn ohne Verankerung in der Arbeiterschaft wären wir nur ein Propagandazirkel. Wir würden mit der Zeit zu einer zwar „prinzipienfesten", aber bedeutungslosen Sekte entarten.

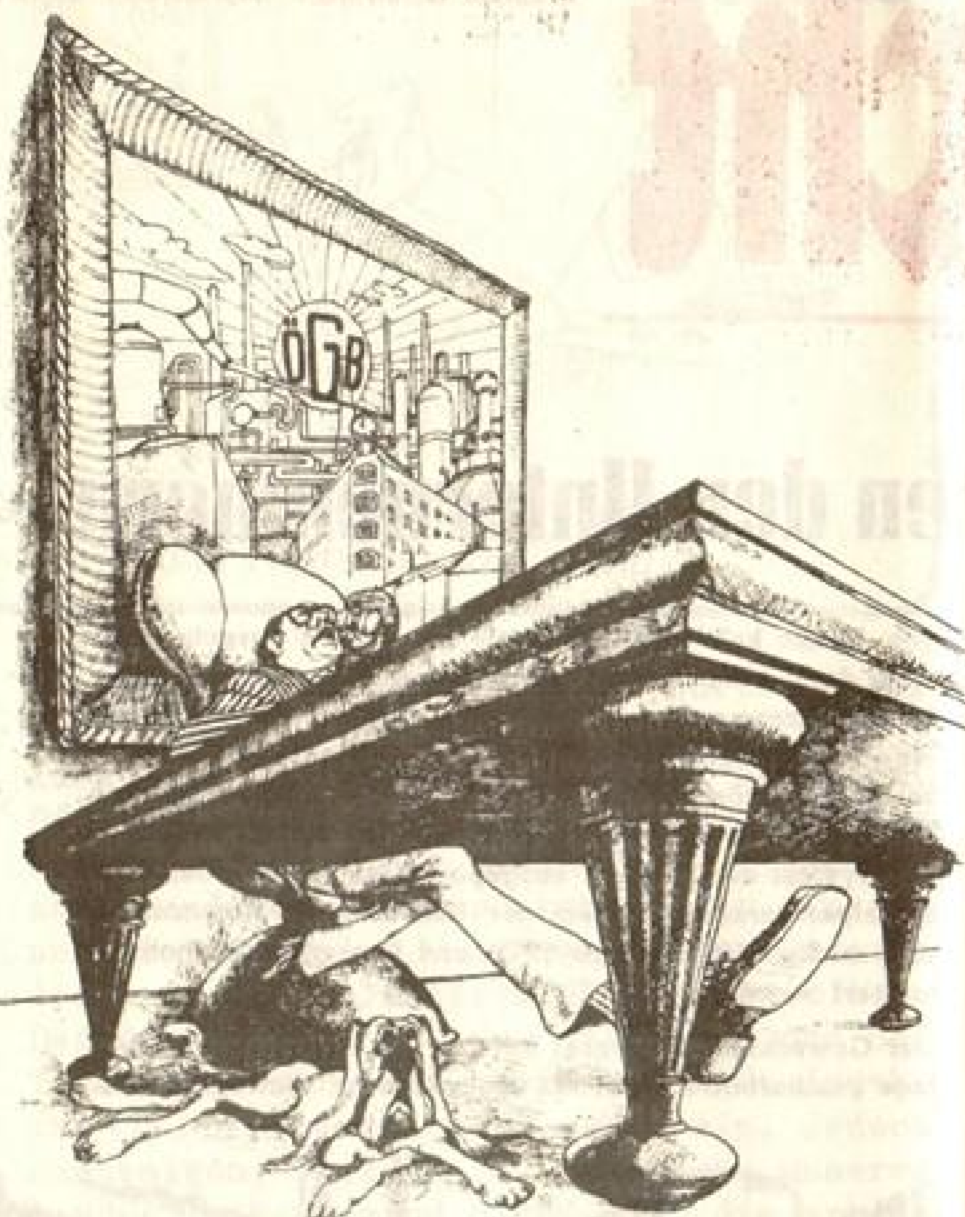
ÖGB-Bonzen sichern die Ausbeutung

Wenn wir von der Betriebsarbeit sprechen, so muß uns auch klar sein, daß diese Arbeit unmittelbar nichts mit der Gewerkschaft oder besser mit „Gewerkschaftsarbeit" zu tun hat. Unter den heutigen Verhältnissen in Österreich spielt sich der Tageskampf der Arbeiter im Rahmen des Betriebes ab, nicht im Rahmen der Gewerkschaft als Ausgangspunkt von Klassenkämpfen. Die Gewerkschaft hemmt den Kampf der Arbeiter heute in jeder Weise. Ihre wesentliche Aufgabe ist es, etwaige Kämpfe der Arbeiterschaft vorauszusehen und sie von vornherein mehr oder weniger versteckt, meistens jedoch offen, abzuwürgen. Wenn betriebliche Kämpfe aber schon ausgebrochen sind, dann bremst der ÖGB den Kampf, verweigert seine Unterstützung und sucht mit allen Mitteln den Arbeitern eine Niederlage beizubringen. Die Gewerkschaft arbeitet so als Feuerlöscher für das Kapital. Die Ausbeutung der arbeitenden Menschen mittels der gelenkten Inflation, das System der auf Zeit ausgepackelten Lohnrunden, das Sozialpartnerschaftssystem der Paritätischen Kommission sind maßgeblich von den SPÖ- und Gewerkschaftsbonzen initiiert worden.

Der Gewerkschaftsapparat hat für sich eine solide Grundlage geschaffen. Es gibt für das „einfache" Gewerkschafts-



mitglied in Österreich keine Möglichkeit der direkten Konfrontation mit den Führern. Es gibt keine Möglichkeit — etwa auf Gewerkschaftsversammlungen — an der Festlegung der Gewerkschaftspolitik mitzuarbeiten und von den Verantwortlichen Rechenschaft zu verlangen. Der Gewerkschaftsapparat ist ein Königreich für sich. Er bezahlt sich selbst und gut von den Beiträgen der Mitglieder. Die „sozialen Errungenschaften", die sich der Gewerkschaftsapparat gewährt, sind einmalig in Österreich, und diesbezüglich gibt es auch keine „Fraktionsstreitigkeiten". Da geht alles nach dem Proporz vor sich.



Die Ursachen dieses Systems gehen auf die Gründung des ÖGB zurück. Nach der Zahl der in den Betrieben auf die Parteilisten von SPÖ, ‚K'PÖ und ÖVP gewählten Betriebsräte wurden Macht, Einfluß, Posten und Pfründen im „einheitlichen" ÖGB vergeben. Die von Zeit zu Zeit stattfindenden „Wahlen" für die Leitungen werden von gesiebten Parteidelegierten durchgeführt. Ihr Endergebnis steht schon lange vorher fest.

Da die SPÖ-Führung nach 1945 die Arbeiterschaft mit ihren demagogischen Phrasen wieder belügen und hinter sich vergattern konnte, beherrscht sie fast uneingeschränkt auch den ÖGB. Der einzige Kontakt, den ein Mitglied mit der Gewerkschaft haben kann, ist der, wenn in Kleinbetrieben, wo der Beitrag noch nicht direkt durch den Unternehmer vom Lohn einbehalten wird, der Kassier die Hand aufhält. In größeren Betrieben gibt es nicht einmal mehr diesen „Kontakt" zum einfachen Mitglied. Nur auf der Betriebsversammlung, die gesetzlich vorgeschrieben ist und bei der auch die nicht gewerkschaftlich organisierten Arbeiter teilnehmen, erscheint ein bezahlter Gewerkschaftssekretär. Der ist dann abgebrüht genug, etwaige Mißfallensäußerungen der Arbeiter über die Gewerkschaftspolitik lächelnd anzuhören, um dann erst recht demagogisch die Arbeiter niederzubügeln und parteimäßig aufzuspalten.

Revolutionierung der Gewerkschaften?

In der Praxis des ÖGB ist es so, daß parteiungebundene Betriebsräte auf Gewerkschaftstagungen gar nicht in Erscheinung treten können, weil sie ja von keiner Fraktion delegiert werden. Und Einladungen erhalten sie nicht. Es sei denn, ihre „Ungebundenheit" ist nur Maske.

So spielt man auf Gewerkschaftstagungen Demokratie: Man ist unter sich, da kann ja gar nichts passieren. Die Delegierten werden von SPÖ, ÖVP, ‚K'PÖ und neuerdings auch von der FPÖ geschickt. Außerdem wurde die „Arbeitsgemeinschaft für Gewerkschaftliche Einheit" als systembejahend akzeptiert. Welche Funktion diese Parteien und Gruppen haben, dürfte für jeden Marxisten-Leninisten und fortschrittlichen Arbeiter klar sein.

Bei einem solchen System von „Revolutionierung" oder „Demokratisierung" der Gewerkschaft zu sprechen und um eine „revolutionäre Gewerkschaftsfraktion" kämpfen zu wollen, das wäre von der Praxis losgelöster Dogmatismus.

Die Trotzkisten zum Beispiel wollen „kampfstarke, klassenbewußte Gewerkschaften" und bezeichnen den ÖGB als d i e Massenorganisation des Proletariats. Es ist aber ganz klar, daß der ÖGB ein Instrument des Kapitals ist. Wenn man da Illusionen weckt, daß es da noch etwas zu „revolutionieren" gäbe, ja daß man den ÖGB wieder proletarisch machen könnte, dann arbeitet man als Zutreiber der Gewerkschaftsführer. Denn auch nur die geringste Täuschung betreffs der Rolle des Gewerkschaftsbundes wird die Arbeiterschaft vom selbständigen Kampf — ohne und auch gegen die Bonzen — abhalten.

Als Instrument der SP-Politik hat der Gewerkschaftsbund die gleiche Entwicklung durchgemacht wie die SPÖ, und die SPÖ-Politik ist heute eine Politik im Interesse des Monopolkapitals. Die kleinbürgerlichen Arbeiteraristokraten an der Spitze von SPÖ und Gewerkschaften haben sich zu bürokratischen Kapitalisten entwickelt, die mit an den Schalthebeln der Macht im kapitalistischen Österreich sitzen. Mit der aus Gewerkschaftsbeiträgen gegründeten BAWAG haben sie sich ein Finanzimperium geschaffen, wie es in Privatbesitz kein anderes in Österreich gibt. Genausowenig wie die SPÖ kann man den Gewerkschaftsbund „revolutionär" machen.

Losungen wie „Revolutionierung", „Demokratisierung" des Gewerkschaftsbundes, „Arbeiterdemokratie im ÖGB" usw. haben in der Praxis letzten Endes eine ähnliche Funktion wie die Hilfsdienste der ‚K'PÖ-Führer für die Gewerkschaftsbonzen: nämlich die Arbeiterschaft unter dem Vorwand des „Kampfes" dazu zu bringen, sich den Bonzen unterzuordnen. Was die Arbeiterschaft braucht, das ist das Vertrauen in die eigene Kraft. Sie muß ohne irgendwelche Bonzen ihre Forderungen formulieren. Die Arbeiter müssen selber sagen, was sie wollen, und zwar in Betriebsdiskussionen und Betriebsversammlungen. Und sie müssen bereit sein, für die Durchsetzung ihrer Forderungen einzutreten. Wird der Kampf richtig, einheitlich und entschlossen geführt, wird er zum Erfolg führen. Dafür gibt es Beispiele genug. Aber selbst Niederlagen werden das Bewußtsein der arbeitenden Menschen weiterentwickeln. Sie werden aus den Erfahrungen lernen. Im selbständigen Kampf in den Betrieben liegt der Ausweg. Wie jede große Sache kann sich auch das vorerst nur klein entwickeln. Aber Beispiele — ob mit negativem oder positivem Ausgang — machen Schule. Vor solchen Kämpfen mit ihrer Beispielwirkung haben die Bonzen und die Unternehmer Angst. Deshalb wollen sie sie mit allen Mitteln verhindern.

Aber in den betrieblichen Kämpfen werden sich unweigerlich auch ehrliche und selbstlose Kämpfer für die Interessen der Arbeiterklasse herausbilden. Dabei wird auch die Notwendigkeit der Schaffung einer revolutionären Partei der Arbeiterklasse deutlich werden und die Lehren des Marxismus-Leninismus, der Ideen Mao Tsetungs werden von den bewußtesten Kämpfern als die Leitlinien zum Erfolg anerkannt werden. Letzten Endes wird sich in der gesamten Arbeiterschaft die Erkenntnis durchsetzen, daß sie sich nur selbst von den Ausbeutern und Bedrückern, von ihren Sorgen und Nöten befreien kann und muß.

„Mann der Arbeit aufgewacht und erkenne deine Macht.
Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will!" ●

Eigentümer: Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML); Herausgeber und Verleger: Alfred Jocha; alle: 1200 Wien, Dresdner Straße 48/4/7. Für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Herbert Treitl, 1020 Wien, Czerningasse 15/2. P.b.b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1200 Wien

In China herrscht die Arbeiterklasse



Es gibt in den Betrieben keine Bosse und Bonzen, die die Arbeiter antreiben, um mehr Profit aus ihnen herauspressen zu können. Es gibt keinerlei Inflation, die Preise sind stabil oder sinken. Es gibt keine Angst vor dem "Chef", keine Angst vor der Polizei, den "Beamten", vor Professoren oder Lehrern, vor Prüfungen. Es gibt keine unbeaufsichtigten oder verwahrlosten Kinder, keine einsamen Alten, auch keine Säufer, keine Unterwelt. Es gibt keine "Besseren", die "mehr" sind, weil sie Studierte sind bzw. glauben, daß sie das sind. Es gibt auch keine Speichellecker, die nach oben kuschen und nach unten treten. Zeitungen und Rundfunk manipulieren nicht die Bevölkerung und die Regierung belügt nicht und betrügt nicht die arbeitenden Menschen im Interesse einer kapitalistischen Minderheit. Es gibt "oben" keine Herren mehr, die Herren über alles sind die arbeitenden Menschen. Diese wissen das, sie zeigen es und man sieht es auf Schritt und Tritt.

In der Volksrepublik China ist es so.

Eine Delegation österreichischer Marxisten-Leninisten (Mitglieder der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs und des Kommunistischen Bundes Wien) unter der Leitung unseres Genossen Jocha besuchte im Juni 1974 die Volksrepublik China. Dies ist ein erster Bericht.

★

Fährt man in die Volksrepublik China, so ist man selbstverständlich voll von Erwartungen. Besonders dann, wenn man sich zum Marxismus-Leninismus bekennt. Der Schreiber dieser Zeilen hat vor der Spaltung der kommunistischen Weltbewegung mehrere europäische Volksdemokratien und die Sowjetunion besucht; er war auch bereits 1964 in der VR China. Aber die Praxis im roten China 1974 sprengt jeden Vorstellungsrahmen. Diese Praxis bestätigt die große Perspektive der Menschheit, die im Sturz des kapitalistisch-imperialistischen Gesellschaftssystems durch den revolutionären Kampf der Volksmassen unter Führung der Arbeiterklasse und deren marxistisch-leninistischer Partei und in der Errichtung der klassenlosen Gesellschaft besteht. Die Praxis des roten China bestätigt grandios die Richtigkeit des Marxismus, des Leninismus, der Maotsetungideen und offenbart die Ursachen der Restaurierung des Kapitalismus in der Sowjetunion und in den Satellitenländern der neuen Zaren im Kreml in tiefgehender Weise. Daraus ergibt sich für jeden Marxisten-Leninisten die Unabdingbarkeit des Kampfes gegen den Revisionismus. Ohne den Sieg über den Revisionismus gibt es keinen Sieg im Kampf zum Sturz der Kapitalistenklasse. Ohne entschiedenen Kampf gegen den Revisionismus kommt es auch nach der Machtergreifung der Arbeiterklasse unweigerlich zur Rückentwicklung zum kapitalistischen System.

Das Bild des heutigen China zeigt eine Diktatur des Proletariats, die sich im ständigen Klassenkampf weiter festigt. Unter der Führung der Kommunistischen Partei Chinas und gestützt auf die marxistisch-leninistische Linie des Vorsitzenden Mao Tsetung setzen die Arbeiter und die Bauern die sozialistische Revolution entschieden fort, was zur gewaltigen, grundlegenden Triebkraft des sozialistischen Aufbaus geworden ist. In allen gesellschaftlichen Bereichen - in der gesamten Produktion, im Bildungs- und Erziehungswesen, auf den Sektoren Wissenschaft, Kultur und Kunst, in der gesundheitlichen Versorgung sowie im Überbau der gesamten Verwaltung verbreitert sich diese sozialistische Revolution ständig und entwickelt sich in die Tiefe. "Dem Volke dienen" heißt die tiefverwurzelte Parole und tatsächlich versetzen die chinesischen Menschen dabei Berge nach dem Beispiel Yü Gungs aus einer der "drei ständig zu lesenden Schriften" Mao Tsetungs.

Wie gesagt, der Schreiber dieses Artikels war schon 1964 in China. Auch damals hat er sich bekräftigt gefühlt im Kampf zum Sturz des kapitalistischen Systems. Auch damals war China für ihn ein "sozialistisches Land". Wenn er nach dem Besuch Chi-

nas im Jahre 1974 aber zur Ausdrucksform findet, "mit der Machtausübung der Arbeiter und Bauern, der Volksmassen konfrontiert worden zu sein", so liegt darin ein gewaltiger, grundlegender Unterschied. Es ist dies der Unterschied zwischem dem China vor und nach der Großen Proletarischen Kulturrevolution. Durch sie wurde die Herrschaft der Arbeiterklasse gefestigt, durch sie wurden jene bürgerlichen Machthaber entlarvt, geschlagen und aus ihren Positionen entfernt, die auf kaltem Wege aus einem sozialistischen China wieder ein kapitalistisches machen wollten. Die Große Proletarische Kulturrevolution erbrachte eine gewaltige Entwicklung des ideologischen Bewußtseins der Volksmassen und eine tiefgehende Bewegung zur Konsolidierung der KP Chinas. Außerdem hat sie die Grundlage für revolutionäre Neuerungen zur Sicherung der Diktatur des Proletariats geschaffen.

Da sind die Revolutionskomitees, bestehend aus Arbeitern, Kadern und Technikern, mit der Verbindung von jungen Mitgliedern, solchen mittleren Alters und alten erfahrenen, wovon ein großer Prozentsatz Frauen sind. Die Arbeiter üben nicht nur Leitungsfunktionen in "ihrer" Fabrik aus, Arbeitergruppen sind praktisch in alle Ämter, Institutionen, Universitäten, Schulen, Krankenhäuser usw. als führende Kraft eingezogen. Diese Revolutionskomitees existieren auf allen Ebenen, sie werden von den Parteikomitees angeleitet.

Die 7.-Mai-Kaderschulen sind ebenfalls aus der Kulturrevolution hervorgegangen. Sie beinhalten das Prinzip der Teilnahme der Kader und Funktionäre an der produktiven Arbeit.

Jugendliche mit Mittelschulbildung gehen nach der Schule zuerst aufs Land oder in Fabriken, um von den Bauern und Arbeitern zu lernen. Auf die Universitäten kommen Arbeiter-, Bauern- und Soldatenstudenten, die ihr Studium in enger Verbindung mit der Praxis ausüben. Und von der Universität gehen sie wieder zurück, nicht als "gescheite Intellektuelle", die alles besser wissen, sondern als Menschen, die ihre Kenntnisse im Interesse des Volkes anwenden und weitervermitteln, in ihren Anstrengungen beispielhaft wirken, vor allem aber die Erfahrungen aus der täglichen Praxis hoch schätzen und berücksichtigen.

Die Revolutionierung im Gesundheitswesen ist ebenfalls eine Neuerung aus der Kulturrevolution. Alte Ärzte und fertige Medizinstudenten gehen aufs Land. Sie betrachten "barfüßige Ärzte" nicht mehr von "oben herab", sondern lernen von diesen und helfen ihnen auch in ihrer Entwicklung. Wir haben ehemalige Krankenschwestern kennengelernt, die nach zweijährigem Studium Akupunktur-Anästhesie-Ärzte waren.

Im Erziehungswesen - Universitäten, Schulen, Kindergärten -, bei Literatur und Kunst, überall sind die Neuerungen der Großen Proletarischen Kulturrevolution feststellbar und wirksam. Um den Rahmen dieses Artikels nicht zu sprengen, werden wir noch in anderen Berichten darauf eingehen.

Grundlegend ist zu sagen, daß die Große Proletarische Kulturrevolution die Praxis im heutigen China geprägt hat. Es ist dies eine Praxis, die wir den österreichischen Arbeitern unbedingt zur Kenntnis bringen müssen. Das wird uns helfen, die Resignation innerhalb der Arbeiterschaft zu beseitigen, die sich durch oftmaligen Verrat von reformistischen und revisionistischen "Führern" breitgemacht hat. Denn eine Praxis der Diktatur des Proletariats, wie sie in China ausgeübt wird, wird auch den österreichischen Arbeitern erkämpfenswert sein.

Für uns wird dabei notwendig sein, das Allgemeingültige der Großen Proletarischen Kulturrevolution zu analysieren und entsprechend den konkreten Bedingungen in Österreich in unserem Kampf zu verwenden.

Gegenwärtig steht China im Zeichen der großen Bewegung der Kritik an Lin Biao und Konfuzius. Sie ist ihrem Wesen nach eine Weiterführung, Vertiefung der Großen Proletarischen Kulturrevolution, aber auch eine Verteidigung ihrer Errungenschaften. Die Informationen, die wir darüber sowohl in praktischer als auch theoretischer Natur erhielten, zeigen, daß auch sie allgemeingültigen Charakter enthält und nicht nur spezifisch "chinesisch" ist.

Durch die Analyse der mehrtausendjährigen Geschichte des Klassenkampfs in China und dem Studium der Erfahrungen der zehn Linienkämpfe in der KP Chinas und ihrer Anwendung auf die Gegenwart entwickelt sich diese Bewegung zur weiteren Festigung der Diktatur des Proletariats.

Die Kritik an Lin Biao und Konfuzius ist eine ideologische und politische Bewegung im Überbau, die den Sieg des Marxismus-Leninismus über den Revisionismus bringen soll. Dabei erhöht sich auch das Bewußtsein der Volksmassen und der Parteimitglieder und es wird die Notwendigkeit des Klassenkampfs und des Kampfs zwischen zwei Linien in der Fortführung der sozialistischen Revolution klar. Diese Bewegung entzieht noch mehr allen Versuchen den Boden, China in den Kapitalismus zurückzuzerren. Sie ist ein Kampf darum, daß China seine rote Farbe niemals verliert.

Nicht nur uns gegenüber haben sie es gemacht, sondern auf der ganzen Welt ersuchen die chinesischen Genossen immer wieder, Kritik zu üben, wenn China die proletarisch-revolutionäre Linie verlassen sollte. Es wäre dann unsere Aufgabe, gemeinsam mit den chinesischen Werktätigen die Restaurierung des Kapitalismus zu bekämpfen.

Nun, wir österreichischen Marxisten-Leninisten haben bereits erkannt, daß nicht das "Herz", sondern das Hirn der bestimmende Faktor im menschlichen Gedankengut sein muß. Wir können den chinesischen Genossen versprechen, daß wir das tun würden, wenn es notwendig wäre. Bis zum endgültigen Sieg der klassenlosen Gesellschaft auf der Welt ist es sicherlich noch weit und der Weg dahin geht in Windungen und Wendungen vor sich. Die gegenwärtige Praxis beweist aber, daß die KP Chinas und das chinesische Volk entschlossen auf dem marxistisch-leninistischen Weg vorwärtsmarschiert.

★

Es werden diesem Artikel noch weitere in eingehender Form folgen. Über Besuche in Betrieben, Kommunen, Schulen usw. Sie werden die vielen aufschlußreichen "Kleinigkeiten" bringen, die erst das große Bild des heutigen China formen. Wir haben auch eine Unmenge von Dias angefertigt und können Filme über China zeigen. Deshalb rufen wir alle Genossen auf, Versammlungen zu organisieren - egal in welch großem Rahmen -, in denen wir über unsere China-Reise berichten können. Darüber hinaus rufen wir zu einer verstärkten Werbetätigkeit für chinesische Zeitschriften in deutscher Sprache auf, weil diese eine wertvolle Unterstützung in unserem Kampf bedeuten. ●

Ein Leserbrief



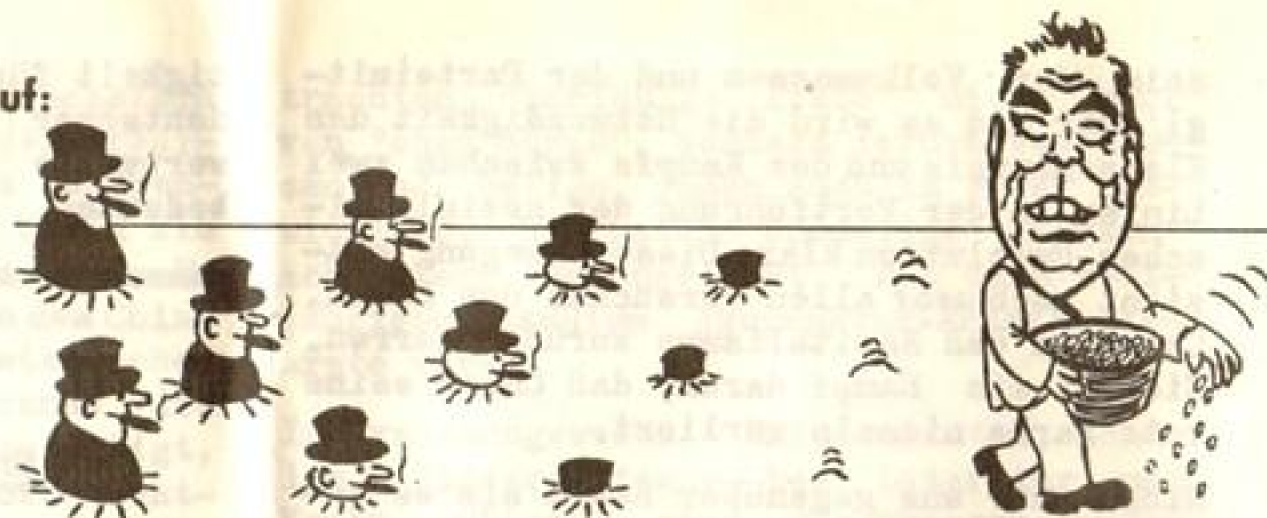
Zwangsjacken!

So lautet der Titel des Leitartikels der "Volksstimme" vom 26. Juni. Über diesem "Leiter" befindet sich sinnigerweise ein Foto eines strahlenden Nixon, der sich von ebenso strahlenden "Fans" vor seinem Abflug nach Moskau verabschiedet. In diesem Leitartikel also stößt ein Schreiberling, der einmal bessere Tage gesehen hat, hysterische Schreie aus, redet von Erpressung und schließlich davon, daß größte Anstrengungen notwendig seien, "Atomwahnsinnigen" Zwangsjacken anzulegen,

Ja, würde ein Naivling meinen, ist plötzlich aus einem sozialimperialistischen Lakaien ein Revolutionär geworden, der jetzt Zwangsjacken für die von Atomwaffen strotzenden Supermächte Amerika und Rußland fordert? Weit gefehlt. Was Herrn B. F-ch auf Befehl seiner sozialimperialistischen Brotgeber derart in Wut bringt, das ist die Tatsache, daß China wieder einen erfolgreichen Atomversuch, zu dem wir den chinesischen Genossen aufs herzlichste gratulieren, durchgeführt hat. Dieser Versuch zeigt, daß sich die Volksrepublik China weder durch die wahnwitzige Atomrüstung der Supermächte einschüchtern noch durch die an ihren Nordgrenzen aufgestellten russischen Atomraketen erpressen läßt. Der gelungene Atomversuch des revolutionären China ist zugleich ein Fanal für alle Völker der Welt, ihre Anstrengungen zu vervielfachen, um den wahnsinnigen Atomerpressern, den beiden Supermächten, die Zwangsjacke anzulegen! ●

Die Saat des Revisionismus geht auf:

Die Kapitalisten kommen wieder



Es ist manchmal ganz nützlich, die zahllosen Propagandabroachüren durchzublättern, die der russische APN-Verlag andauernd auf den Markt schmeißt. Da findet sich zum Beispiel in dem Büchlein "Die Effektivität der sozialistischen Wirtschaft" auf Seite 20 eine interessante Aufstellung über den Anteil des "sozialistischen" Sektors an der Volkswirtschaft in den revisionistischen Ländern Osteuropas. Natürlich - was hier "sozialistisch" genannt wird, das sind in Wirklichkeit die staatskapitalistischen Betriebe und die zu kapitalistischen Unternehmen entarteten landwirtschaftlichen Genossenschaften. Denn entscheidend für den sozialistischen Charakter eines Landes und einer Volkswirtschaft ist ja nicht das Bestehen von Staatsbetrieben und Genossenschaften allein, sondern welche Klasse die Macht innehat. Seit dem Machtantritt des Revisionismus in Osteuropa sind aber dort die Arbeiterklasse und das Volk entmachtet, und es herrscht die neue, bürokratisch-kapitalistische Bourgeoisie. Deshalb ändert sich auch nichts am Charakter dieser Länder als kapitalistische, wenn der angebliche "sozialistische" Sektor in vielen dieser Staaten 98 bis 99 Prozent des Nationaleinkommens liefert.

Was macht aber nun die besagte Aufstellung interessant? Zwei Länder fallen sofort ins Auge: Einerseits die DDR, andererseits das revisionistische Polen.

Unter der Rubrik "Anteil am Volkseinkommen" findet man, daß der pseudo-sozialistische Sektor in der DDR 85,6 Prozent, der privatkapitalistische Sektor also 14,4 Prozent des Volkseinkommens liefert. Das ist gewiß keine kleine Zahl, wenn man bedenkt, daß dieser Anteil am Volkseinkommen von Unternehmen geschaffen wird, deren Anteil am Produktionsgrundfonds (d.h. an Maschinen, Gebäuden, kurz an allen Anlagegütern) des Landes nur 5,4 Prozent beträgt. Vor allem liegen diese Betriebe in der Industrie.

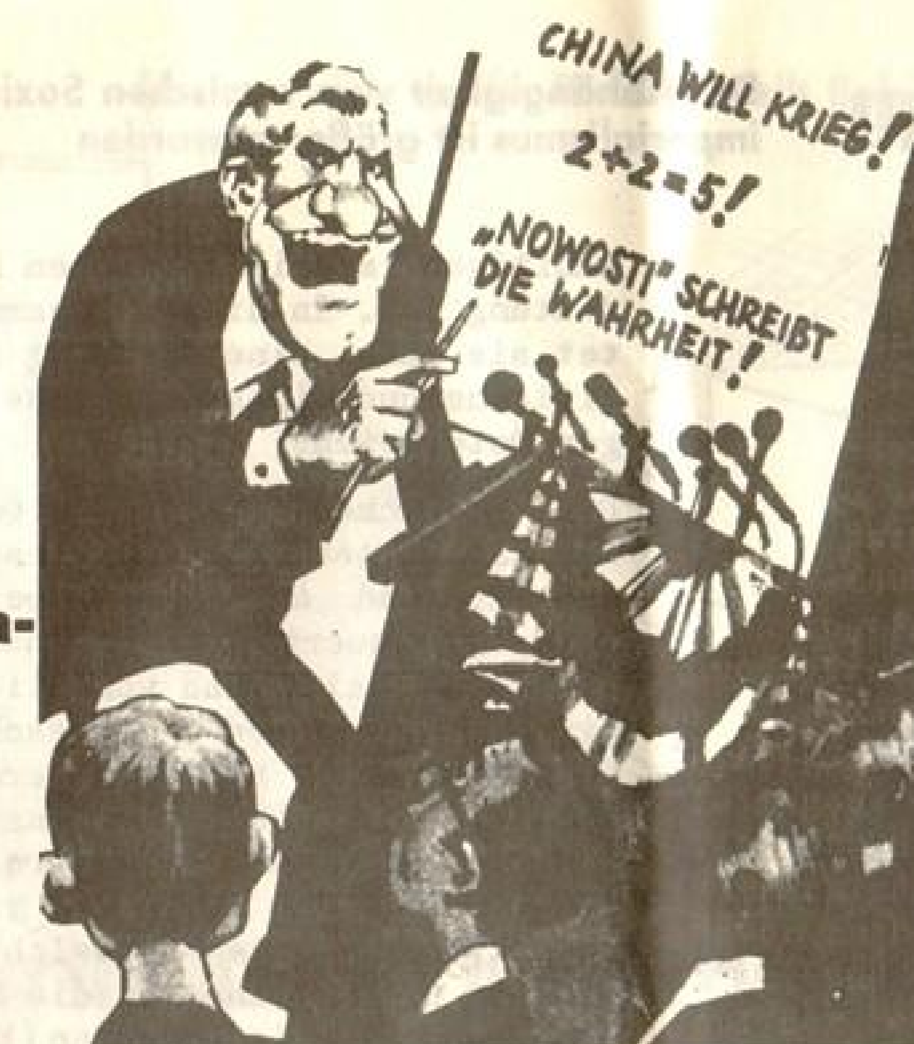
Das Privatunternehmertum feiert auch in Polen fröhliche Urständ. Hier aber nur untergeordnet in der Industrie, obwohl es eine Handvoll privatkapitalistischer Millionäre in der Industrie gibt, denen die polnischen Revisionisten ganz offiziell eine "nützliche" Funktion zugebilligt haben, und zwar keine vorübergehende, sondern eine dauerhafte: Diese Millionäre sollen mit ihren Betrieben helfen, "Marktlücken" zu schließen.

Aber vor allem findet sich in Polen der private Kapitalismus in der Landwirtschaft. Der private Sektor liefert 85,7(!) Prozent der landwirtschaftlichen Produktion. Hier hat also die revisionistische neue Bourgeoisie ganz offen und brutal die sozialistischen Genossenschaften zerschlagen und das Land an die alten Ausbeuter vergeben. Der Großbauer, der Kulak wurde wieder zugelassen, der Kapitalismus in der Landwirtschaft ganz offen wieder hergestellt.

Angesichts der über Polen und die DDR angeführten Zahlen gehört ein trauriger Mut dazu, wenn der Verfasser der Broschüre versichert, daß in Osteuropa "der Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse in allen Wirtschaftszweigen gesichert" wurde (S. 20), oder wenn andere revisionistische Autoren behaupten, daß Osteuropa "in die Etappe des Aufbaus der entwickelten sozialistischen Gesellschaft eingetreten" sei. Eine feine "entwickelte sozialistische Gesellschaft", wo jede Kampfaktion der Arbeiterschaft (z.B. in Polen 1970) und jede Regung des Widerstandes gegen den russischen Imperialismus mit Gewalt zu ersticken versucht wird. Wo es neben dem staatlichen Kapitalismus auch - und das wird von den Revisionisten ganz offen zugegeben - privatkapitalistische Unternehmen gibt (wie in Polen und der DDR).

Das ehemals sozialistische Osteuropa ist heute ein Paradies für die Ausbeuter, die Herrschaft der Arbeiterklasse wurde dort gestürzt und muß erst wieder erkämpft werden. Diese Wahrheit zeigt sich in vielen Dingen, manchmal sogar - wie wir gesehen haben - einfach in einigen Zahlen. ●

Der China-Experte



Wußtest Du schon, lieber Leser, daß der „erste Lehrsatz des großen strategischen Plans des Vorsitzenden Mao darin besteht, China zum mächtigsten Staat der Welt zu machen"? Da schaust, gelt? Und daß die Vertreibung der Saigoner Militärs von den chinesischen Hsischa-Inseln bereits der Beginn eines Eroberungskrieges war, davon hattest Du ebenfalls keine Ahnung? Ehrlich gesagt, lieber Leser, wir auch nicht.

Tja, China-Experte müßte man sein, dann wüßte man über Lehrsätze und Kriegszüge beizeiten Bescheid. Aber China-Experten sind leider rar, denn zu diesem Beruf braucht man nicht nur beneidenswert sensible Ohren, die gewissermaßen das Chinagras wachsen hören, sondern auch scharfe Augen, mit denen man sogar Gespenster sieht. Und Leute mit derart übersinnlichen Eigenschaften gibt's derzeit nur in Moskau, genauer gesagt in der Nowosti-Presseagentur, von wo aus sie ihre Wahrnehmungen — auf Tonnen von Papier vervielfältigt — unter anderem auch nach Wien schicken.

Der Wiener Empfänger dieses für hinterlistige Zwecke bestimmten Papiers heißt ‚K'PÖ, und wer unsere Revisionisten kennt, der weiß, daß diese mit heiligem Eifer selbst die Formel 2 + 2 = 5 verbreiten würden, sollte ihnen Moskau etwas derartiges als neue wissenschaftliche Erkenntnis mitteilen. So nimmt es nicht wunder, daß die revisionistische Zeitschrift „Weg und Ziel" auch die neuen wissenschaftlichen Erkenntnisse eines K. Smirnow abdruckte, welcher über die Wege und Ziele der Volksrepublik China bestens Bescheid weiß: nebst halb Sibirien will sie auch „die Mongolei, Birma, Bhutan, Nepal und andere Staaten Südostasiens" an sich reißen. Eine künftige Super-Supermacht sozusagen.

Du wirst gern zugeben, lieber Leser, daß solche Behauptungen weniger einer ernstzunehmenden politischen Analyse als vielmehr den Fieberträumen eines an Verfolgungswahn Leidenden zu entstammen scheinen, und Du wirst Dich fragen, woher der Chineast Smirnow wohl sein Wissen nimmt. Diese Frage ist leicht zu beantworten: er hat es aus erster Hand. Er saugt es sich nämlich aus dem Finger. ●

Was ist eine Supermacht?

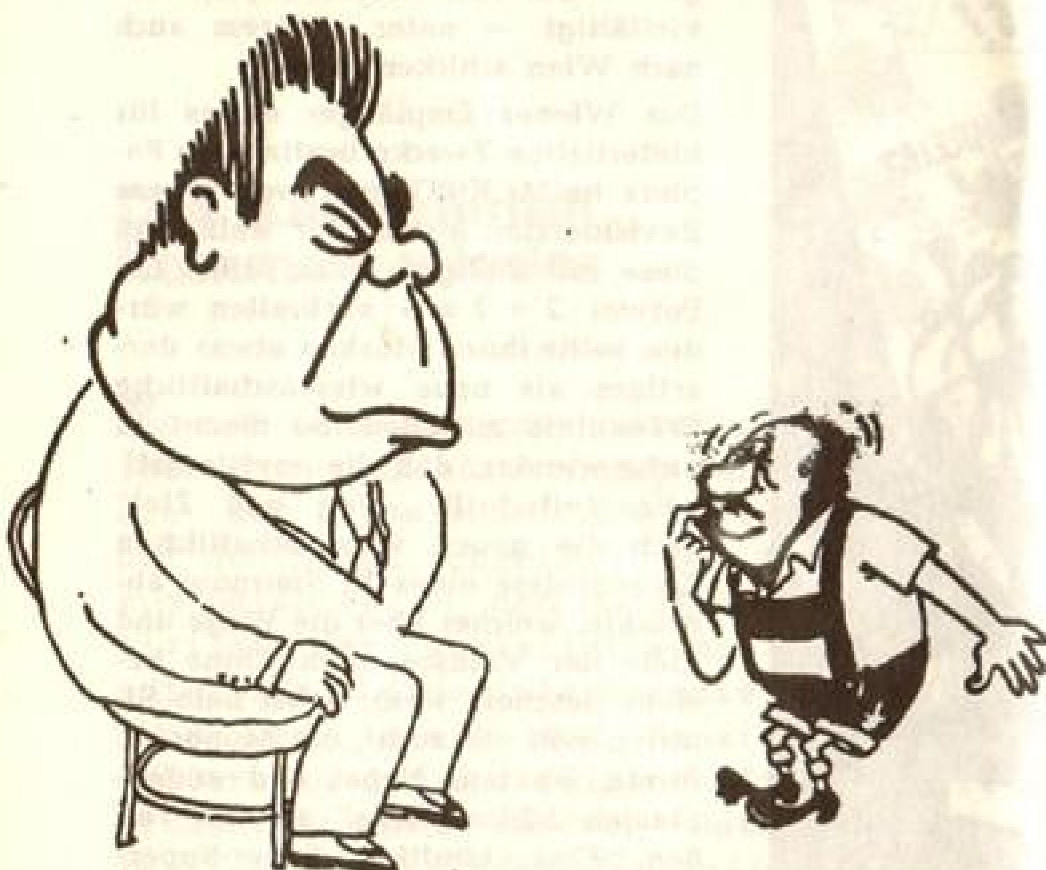
Aus der Rede des Genossen Deng Hsiao-Ping auf der Sondertagung der UNO-Vollversammlung über Probleme der Rohstoffe und Entwicklung:

"China ist ein sozialistischer Staat, und es ist auch ein Entwicklungsland. China gehört zur Dritten Welt. Die chinesische Regierung und das chinesische Volk, die sich stets von den Lehren des Vorsitzenden Mao leiten lassen, unterstützen entschieden alle unterdrückten Völker und Nationen im Kampf zur Erlangung und Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit, für die Entwicklung der nationalen Wirtschaft sowie gegen Kolonialismus, Imperialismus und Hegemoniebestrebungen. Das ist unsere internationalistische Pflicht. China ist keine Supermacht und wird es auch in der Zukunft nicht sein.

Was ist eine Supermacht? Eine Supermacht ist ein imperialistisches Land, das überall mit Aggression, Intervention, Kontrolle, Subversion und Ausplünderung gegen andere Länder vorgeht und die Vorherrschaft über die Welt anstrebt. Wird in einem großen sozialistischen Land der Kapitalismus restauriert, wird es sich unvermeidlich in eine Supermacht verwandeln. Die Große Proletarische Kulturrevolution der vergangenen Jahre und die Bewegung zur Kritik an Lin Biao und Konfuzius, die zur Zeit ganz China erfaßt, sind darauf gerichtet, die Restauration des Kapitalismus zu verhindern, das sozialistische China davor zu bewahren, daß es die Farbe wechselt, und sicherzustellen, daß China immer auf der Seite der unterdrückten Völker und Nationen steht. Sollte China eines Tages die Farbe wechseln, sich in eine Supermacht verwandeln und ebenfalls in der ganzen Welt wie ein Tyrann herumkommandieren, überall die anderen demütigen, angreifen und ausbeuten, dann müssen die Völker der Welt diesem China das Schild des Sozialimperialismus umhängen, es entlarven, bekämpfen und mit dem chinesischen Volk gemeinsam es niederschlagen." ●

Kreisky in Moskau

Die Abhängigkeit vom russischen Sozialimperialismus ist größer geworden



Ende Mai fuhr Bundeskanzler Kreisky nach Moskau. Bereits wenige Tage später jubelte die "Volksstimme", die Sowjetunion hätte "weit ihre Tore für Österreich aufgemacht" und sprach enthusiastisch von einem "gigantischen Kooperationsangebot". Und tatsächlich ist Österreich ins große Geschäft mit Moskau eingestiegen. Das Ergebnis des Kreisky-Besuchs: Die VÖEST beteiligt sich am Kursker Eisenhüttenkombinat, die Sowjetunion wird für 200.000 Tonnen kaltgewalzte Bleche Österreich 775.000 Tonnen Kohle und 550.000 Tonnen Eisenerz pro Jahr liefern; darüber hinaus zahlreiche russische Kooperationsvorschläge mit privaten österreichischen Firmen, eine Einladung zu einem Großprojekt zur Erschließung karelischer Erzlager, an dem sich neben Rußland auch Finnland beteiligt. Ferner hat sich Rußland bereit erklärt, seine Erdgaslieferungen um 50 Prozent zu steigern (zu erhöhten Preisen!). Und so ließe sich die Liste noch weiter fortsetzen, etwa daß Rußland zugesagt hat, 20 Jahre hindurch Österreich mit angereichertem Uran für geplante Kernkraftwerke zu beliefern.

Was steckt nun hinter dem Ganzen? Was hier vor unseren Augen vor sich geht, das ist die verstärkte Unterordnung Österreichs unter die russischen Imperialisten. Diese ringen mit den Vereinigten Staaten um die Weltherrschaft, wobei gerade Europa der Brennpunkt ihres Streites ist. Die Sowjetunion als ein imperialistisches und faschistisches Land will ihren Einflußbereich auch auf Westeuropa ausdehnen, das allein schon wegen seines industriellen Potentials und seiner Technologie bei jedem zukünftigen imperialistischen Krieg von Bedeutung ist. In diesem Zusammenhang startet sie auch eine derartig gewaltige politische und wirtschaftliche Offensive gegen Österreich.

Die herrschende Klasse in Österreich und ihr Sachwalter Kreisky wissen natürlich, daß Rußland auf den imperialistischen Krieg hinsteuert. Aber sie hoffen, daß sie sich heraushalten und womöglich bei zukünftigen "Änderungen" mitnaschen können, wenn sie sich beiden Supermächten - den USA und der UdSSR - dienstbar machen. Außerdem glauben die österreichischen Kapitalisten, daß ihnen die russischen Kooperationsangebote - welche eine Einbeziehung Österreichs in die russische Rüstungsmaschinerie bedeuten (Kursker Kombinat, Beteiligung am Ausbau der "nuklearen Stromerzeugung") - vielleicht aus ihren wirtschaftlichen Schwierigkeiten helfen könnten.

Wenn Österreich jetzt groß ins Geschäft mit Rußland einsteigt, so ist das zum Schaden der österreichischen Arbeiterklasse, zum Schaden des österreichischen Volkes. Es ist die Fortsetzung der Politik der herrschenden Klasse, "Diener zweier Herrn" zu sein, die Neutralität Österreichs zu verraten und zu verkaufen, um sich den Bedürfnissen von Rußland und Amerika zu unterwerfen. Die österreichischen Kapitalisten meinen mit "Neutralität" Gehorsam gegenüber beiden Supermächten. Die Arbeiterklasse versteht aber etwas anderes darunter. Die Neutralität eines kleinen Landes in der heutigen Zeit erhält ihren ganzen Sinn nur daraus, daß sie sich gegen imperialistische Absichten und Abenteuer richtet und den Kampf der Völker um ihre Befreiung und gegen den Hegemonismus der Supermächte unterstützt. Wahre Neutralität läßt sich aber nur im Klassenkampf gegen die Kapitalisten erreichen, denn die herrschende Klasse verrät die Neutralität unseres Landes tagtäglich um ihrer Profite willen. Es liegt aber absolut nicht im Interesse des österreichischen Volkes, wenn die Regierung heute mit Kossygin, ein paar Wochen später mit Nixon packelt und unser Land immer weiter ins Netz der Weltherrschaftspläne und der Rivalität Rußlands und Amerikas verstrickt. Im Interesse der arbeitenden Menschen liegt nur die Wahrung strikter Neutralität und Unabhängigkeit von den Supermächten. ●

Der große Bruder erteilt Befehle:



Die internationale Konferenz der Revisionisten

Vor 5 Jahren, am 5. Juni 1969, haben die russischen Imperialisten ihre revisionistischen Kollegen zusammengetrommelt, um die Okkupation der CSSR und ihre Hetze gegen die Große Proletarische Kulturrevolution in China von dem illustren Kreis der sogenannten "Kommunistischen und Arbeiterparteien" bejubeln zu lassen. Und obwohl es damals mancherlei Gezänk zwischen "rechten" und "linken", "progressiven" und "konservativen" Revisionisten gab - in der Feindschaft gegen den Marxismus waren sich alle einig.

Heute - fünf Jahre danach - wollen die Sozialimperialisten wieder eine derartige Versammlung einberufen. Der entsprechende Befehl an die revisionistischen Parteien, doch so eine Beratung "anzuregen", wurde erst kürzlich in der "Prawda" wiederholt. Dort hieß es in einem Artikel zum 5. Jahrestag der Konferenz von 1969: "Zur Zeit wird von vielen Bruderparteien vorgeschlagen, neue große kollektive Schritte zu unternehmen, um die kommunistische Bewegung weiter ideologisch und politisch zu konsolidieren und ihre Rolle in der Welt von heute zu erhöhen. Die KPdSU ist bereit, entsprechende konkrete Initiativen zu unterstützen und gemeinsam mit anderen marxistisch-leninistischen Parteien an deren praktischer Realisierung teilzunehmen."

Motiviert wird die Notwendigkeit einer Neuauflage der Revisionisten-Konferenz von 1969 mit "neuen Problemen, die sich aus der Praxis des weltrevolutionären Prozesses ergeben", "neuen Anforderungen", damit, daß "das Bedürfnis nach koordinierten Aktionen zwischen Kommunisten (sprich Revisionisten) verschiedener Länder zunimmt" und dergleichen Blabla mehr. Worum es sich aber bei der geplanten Beratung wirklich drehen soll, das sagen die Sozialimperialisten nicht. Denn wo es einem weh tut, da greift man nicht hin. Die revisionistischen Parteien sind nämlich nicht so "einig und geschlossen", wie es Moskau gerne hätte, und nur wenige von ihnen sind bereit, den Kremlherren aufs Wort zu folgen.

Im Zuge ihrer intensiven Kriegsvorbereitungen gegen China brauchen heute die russischen Imperialisten die endgültige "Exkommunizierung" der KP Chinas aus ihrer angeblich "kommunistischen" Weltbewegung. Das ist ihnen 1969 noch nicht gelungen. Nicht etwa, weil die KP Chinas etwas mit den Revisionisten oder diese etwas mit ihr zu schaffen haben wollten, sondern weil verschiedene Renegaten der Arbeiterbewegung damals nicht gerne dem antichinesischen Kriegskurs Moskaus ihren Sanktus geben und sich damit völlig dem sozialimperialistischen Diktat unterwerfen wollten.

Außerdem wollen aber die Kreml-Machthaber bei ihren Expansionsbestrebungen in Europa die anderen revisionistischen Parteien vor ihren Karren spannen. Wenn die Sozialimperialisten auch "Nieder mit China" schreien, so müssen sie doch zuerst den europäischen Ländern an den Kragen, um sich den Rücken freizuhalten.

Wie sieht es aber in der revisionistischen

Bewegung aus? In den russischen Satellitenstaaten steht es für Moskau nicht zum besten, und es sieht nicht so aus, als ob die revisionistischen Führer Osteuropas es eilig hätten, sich auf einer internationalen Beratung zu versammeln. Denn sie wissen ganz genau, daß sie dann noch fester ins sozialimperialistische Joch gespannt werden, daß sie dann noch mehr als bisher der Tyrannisierung durch den "großen Bruder" ausgesetzt sein werden. Und dazu kommt noch, daß die osteuropäischen Völker das Kanonenfutter für einen imperialistischen Krieg Rußlands in Europa abgeben sollen. Es ist offensichtlich, daß sich der Widerstand der Völker Osteuropas gegen das russische Diktat verstärkt. Ebenso beginnen auch die einzelnen revisionistischen Klüngel gegen die Moskauer Oberherren aufzubegehren.

Aber auch die westeuropäischen Revisionisten stecken in einem schweren Dilemma. Denn einerseits wollen sie es sich nicht mit Rußland verderben, für das sie die Fünfte Kolonne spielen sollen, andererseits müssen sie aber an ihre "eigene" Bourgeoisie Konzessionen machen, um sich nicht den "friedlichen, antimonopolistischen" Weg zu den Ministersesseln zu verscherzen. Der Befehl zur Einberufung einer internationalen Beratung ist daher von seiten der westlichen "K"Ps auf wenig Gegenliebe gestoßen. Bereits die Revisionistenkonferenz von Brüssel war für den Sozialimperialismus ein glatter Reinfall, denn die großen westeuropäischen Parteien gaben sich "europäisch" und sprachen viel von "Gleichberechtigung und Autonomie" der einzelnen revisionistischen Parteien, kaum aber von Unterwerfung unter Rußland. Nur die "K"PÖ - natürlich - wollte damals keine Differenzen mit Moskau bemerkt haben, sondern berichtete bloß, daß angeblich auf der Brüsseler Konferenz "einhellig" der "Wunsch" nach einer neuen internationalen Revisionistenkonferenz "laut geworden" sei.

Die Sozialimperialisten haben also große Schwierigkeiten, ihre Konferenz zusammenzubekommen. Da weder die west- noch die osteuropäischen "Bruderparteien" großes Interesse daran zeigen, so stellt sich die Frage, an wen dann der Befehl der "Prawda" zum Anregen einer internationalen Beratung gerichtet war. Soll vielleicht jetzt die "K"PÖ als Partei eines "neutralen Landes" die Initiative ergreifen? Möglich wäre es schon. Schließlich ist ja Österreich, dessen herrschende Klasse die neutralitätsfeindliche Politik betreibt, Diener beider Supermächte zu sein, gerade dazu prädestiniert, daß von seinem Boden eine derartige Initiative ausgeht, und die Arbeiterverräter vom Höchstädtplatz sind ja wohl die willigsten Handlanger des Sozialimperialismus in ganz Europa.

Die Kremlführer werden jedenfalls noch viel zu raufen haben, bis sie ihre Konferenz veranstalten können. Wenn sie diese aber doch zustande bringen, dann werden sie dort deutlicher als je zuvor ihr wahres Gesicht als Arbeiterfeinde und hundertprozentige Imperialisten zeigen. Das wird den revolutionären Arbeitern helfen, den Kampf gegen den Revisionismus noch erfolgreicher zu führen. ●

Militärische Erpressung gegen Rumänien

Vor einigen Wochen hielt sich der sowjetische General Jakubowski in Rumänien auf. Bei seinem Besuch forderte er von der rumänischen Regierung einen "Korridor" durch das Land, um Truppen und militärische Ausrüstungen nach Bulgarien bringen zu können.

Rumänien, das gegen den russischen Hegemonismus auftritt und - obwohl noch Mitglied des Warschauer Paktes - keine fremden Truppen ins Land läßt, ist den Sozialimperialisten schon lange ein Dorn im Auge. Die Forderung Jakubowskis war nichts anderes als eine Aggressionsdrohung, ein Vorwand, um Rumänien mit russischen Truppen zu besetzen.

Die rumänische Regierung hat aber aus dem Überfall auf die CSSR gelernt. Nach 1968 wurde die Verfassung geändert und jede Kapitulation vor einem zukünftigen Aggressor für ausdrücklich illegal erklärt. Das Volk wurde aufgerufen, gegen jeden Okkupanten bis zu dessen Vertreibung zu kämpfen. Rumänien weiß, das Moskau von dort, wo es seine Truppen festsetzen kann, nicht mehr weggeht. Es hat die russische Forderung nach einem "Korridor" abgelehnt. ●

Mord an der jungen Demokratie

Die Demokratie in Portugal ist erst wenige Wochen alt. Aber mittels Zensur, Verhaftung von Marxisten-Leninisten und Fortführung des Kolonialkrieges versuchen General Spinola und seine revisionistischen Helfer sie wieder umzubringen.



Wie wir bereits in der letzten Nummer berichtet haben, ergreift die "demokratische" Regierung Portugals Repressalien gegen Vorkämpfer des portugiesischen Volkes. Am 7. Juni wurde der Marxist-Leninist Jose Sanches verhaftet und unter Militärbewachung gestellt.

Wie zum Hohn darauf hat der Revisionisten-Führer und Minister Cunhal in einem Interview mit der tschechoslowakischen "Rude Pravo" zur gleichen Zeit erklärt: "Im Gegensatz zur chilenischen Armee ist die portugiesische in ihrer Mehrheit fortschrittlich..." Man sieht deutlich, daß auch in Portugal die Revisionisten ähnlich wie seinerzeit in Chile den Unterdrückungsapparat der herrschenden Klasse als "demokratisch", "fortschrittlich" usw. beweihräuchern, um die Volksmassen in Illusionen zu wiegen und vom Kampf um die wirkliche Volksherrschaft, um die Volksmacht abzuhalten.

Aber trotzdem die portugiesischen Machthaber mitsamt ihren imperialistischen Hintermännern sich - mit einem "sozialistischen" Außenminister und einem "kommunistischen" Arbeitsminister als Aushängeschild - "liberal" geben, haben sich das portugiesische Volk und die kämpfenden afrikanischen Völker in den Kolonien Portugals nicht täuschen lassen.

Die afrikanischen Völker sind nicht gewillt, sich vom neuen portugiesischen Regime eine neokolonialistische "Lösung" aufdrängen zu lassen. Die portugiesische Regierung hatte den Befreiungskämpfern erklärt, sie könnten jetzt ruhig die Waffen niederlegen, da ja Portugal nunmehr demokratisch sei und seinen Kolonien Unabhangigkeit gewähren werde. Tatsächlich hat aber Portugal den Kolonialkrieg fortgesetzt und Anfang Juni in Mocambique eine Großoffensive gegen die Befreiungskämpfer gestartet. Die afrikanischen Völker haben die neokolonialistischen Absichten Portugals durchschaut und wollen sich nicht mit einer Scheinunabhängigkeit in der Form

Unser Protest an die portugiesische Botschaft

An die Botschaft Portugals
Johannesgasse 7,
1010 W I E N

Wien, 19.6.1974

Protesterklärung

Wir haben erfahren, daß am 7. Juni 1974 der Genosse Jose Sanches verhaftet und unter militärische Überwachung gestellt wurde. Wir protestieren auf das Schärfste gegen die faschistischen Maßnahmen gegen Vorkämpfer des portugiesischen Volkes und fordern die sofortige Freilassung aller gefangengehaltenen Revolutionäre und freie Meinungsäußerung für Marxisten-Leninisten und revolutionäre Arbeiter.

Für die Volksmacht in Portugal!

Für die sofortige und absolute Unabhängigkeit der portugiesischen Kolonien!

"Föderationen" u.dgl. mit dem "Mutterland" abspeisen lassen. So hat die Befreiungsbewegung der Inseln Sao Tome und Principe festgestellt, die portugiesische Regierung träume von der "Errichtung einer Föderation von Kolonialisten und den unter ihrer Kontrolle Stehenden" und diese Pläne entschieden abgelehnt. Die Nationale Union für die völlige Unabhängigkeit Angolas (Unita) wiederum, eine der drei Befreiungsbewegungen von Angola, erklärte am 14. Juni:

"Das Volk von Angola will völlige Unabhängigkeit, für die wir mehr als ein Jahrzehnt gekämpft haben und tritt auch für diese ein. Wir werden weiterkämpfen, bis die portugiesischen Kolonialisten unsere Rechte und unsere Würde anerkennen." Die Unita wies kategorisch die "Waffenstillstands"vorschläge Spinolas sowie die von Portugal vorgeschlagene sogenannte "Volksbefragung" über das weitere Schicksal der Kolonie (wie diese bei der Anwesenheit der portugiesischen Kolonialarmee ausgehen würde, kann man sich ja denken) zurück. "Die portugiesischen Kolonialisten haben kein Recht, dem Volk von Angola den Weg vorzuschreiben, wie es die Unabhängigkeit erlangen soll. Die portugiesische Regierung hat in der Angola-Frage überhaupt nichts zu sagen. Laßt Angola den Angolanern." Die Unita rief in ihrer Erklärung sodann zur Einigung der drei Befreiungsbewegungen auf, weil "das dem Volk von Angola ermöglichen würde, seinen Sieg zu beschleunigen und die portugiesischen Manöver zur Aufspaltung der Angolaner abzuwenden."

Die Völker Afrikas beharren also weiter auf ihrem Kampf um die Unabhängigkeit. Daran hat auch der "sozialistische" Außenminister Portugals mit seinen Phrasen über "Demokratie" und "Freiheit" nichts ändern können. Es kann keine "demokratische" Versklavung der afrikanischen Völker geben und auch keine "Föderationen", über die zu verhandeln wäre. Das einzige, worüber Portugal zu verhandeln hat, das ist über den sofortigen Abzug seiner Kolonialarmee aus Afrika!

Auch in Portugal selbst entwickelt sich rasch der Kampf der Volksmassen, die Arbeiterbewegung hat einen rapiden Aufschwung erfahren. Sie hat mit dem Streik von über 50.000 Postlern einen neuen Höhepunkt erreicht. Auch bei diesem Streik haben sich die Revisionisten deutlich als Feinde der Arbeiter und Handlanger Spinolas erwiesen. Die "K"P Portugals sabotierte den Streikkampf, beschimpfte die Führer der streikenden Postler als "Pseudoradikale" und "Ultralinke" und der "kommunistische" Arbeitsminister war beim Abwürgen des Streiks der Obermacher. Der Postlerstreik mußte – wie die Streikführer erklärten – wegen der Sabotage der Revisionisten abgebrochen werden.

Währenddessen versuchte der Führer der portugiesischen "K"P die gerechten Kämpfe der Arbeiter zu verteufeln, indem er behauptete, die portugiesische Reaktion wolle "sich legitimer Forderungen des Volkes bedienen, um ein Klima der Unsicherheit zu schaffen und wesentliche Industriezweige zu paralysieren, um die demokratische Ordnung, die in Portugal im Entstehen ist, zu zerstören." ("Volksstimme" vom 25. Juni.) Die "Ultralinken", so erklärte Cunhal, betrieben das Spiel der Reaktion. Die "K"P Portugals, sagte Cunhal, "vertraue auf die bewaffneten Kräfte".

Die Reaktion – die sich eben auf jene bewaffneten Kräfte stützt, auf die Cunhal "vertraut" – schränkt in Portugal die freie Meinungsäußerung weiter ein. So erließ das portugiesische Kabinett ein Gesetz zur völligen Knebelung der Massenmedien. Es bezieht sich auf Druckerzeugnisse, Rundfunk, Fernsehen, Film und Theater. Das neue Gesetz verbietet in Zukunft die "Beleidigung von Regierungsmitgliedern" und Meldungen über Truppenbewegungen, ferner ist es verboten, zu Streiks oder Demonstrationen aufzurufen und "ideologische Aggression" zu begehen, womit alles gemeint ist, was den Ansichten Spinolas und seines Klüngels widerspricht. Übertretungen dieses Gesetzes können mit der Einstellung des Presseerzeugnisses <u>bis zu 60 Tagen</u> und mit einer <u>Geldstrafe bis zu 350.000 Schilling</u> bestraft werden. Diese reaktionäre Maßnahme entlarvt klar die Lüge Cunhals von der "demokratischen Ordnung, die in Portugal im Entstehen ist."

Die Maßnahmen der portugiesischen Regierung und die offene Verratspolitik der Revisionisten können aber nur dazu beitragen, daß das portugiesische Volk umso schneller erkennt, daß die Politik des Spinola-Regimes nur der alte neokolonialistische und antidemokratische "Wein in neuen Schläuchen" ist. Der Kampf in Portugal geht weiter. Denn nur wenn das Volk seine Geschicke in die eigenen Hände nimmt und die Volksmacht errichtet, kann der Kolonialismus niedergeschlagen und die Rückkehr des Faschismus verhindert werden! ●

Produkte aus Österreich für die Kolonialarmee



Der Kolonialkrieg Portugals geht weiter. Nachdem das Spinola-Regime am 15. Juni die Verhandlungen mit der Republik Guinea-Bissau platzen ließ, weil diese für die zu ihrem Territorium gehörenden strategisch wichtigen Kapverdischen Inseln ebenfalls die Unabhängigkeit forderte, gingen die portugiesischen Kolonialtruppen in allen Kolonien zum Angriff über. Schüsse in friedliche Demonstrationen auf den Kapverdischen Inseln, Großoffensive in Mocambique, Ermordung streikender Afrikaner in Mocambique und Angola – das ist das wahre Gesicht des portugiesischen Regimes!

Und dieses Regime wurde und wird von der herrschenden Klasse Österreichs unterstützt, und zwar sowohl auf diplomatischem wie auch auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet. Das zeigt das Abstimmungsverhalten Österreichs in der UNO – es enthielt sich bei allen Resolutionen, welche die portugiesischen Kolonialisten ausdrücklich verurteilten, der Stimme. Das zeigt auch die Weigerung Österreichs, die Republik Guinea-Bissau anzuerkennen. Vor kurzem stellte es sich außerdem heraus, daß über die Häfen Hamburg und Bremen Produkte der Radentheiner Magnesitwerke nach Angola und Mocambique ausliefen, wo sie direkt in der Rüstungsindustrie der Kolonialisten eingesetzt werden. Und der letzte Akt der Unterstützung Portugals durch das "neutrale" Österreich war es, daß einem Vertreter der PAIGC, der Partei für die Unabhängigkeit Guinea-Bissaus und der Kapverdischen Inseln, verboten wurde, auf der Demonstration gegen den portugiesischen Kolonialkrieg vom 27. Juni zu sprechen, so daß sich der Genosse nur mit einer schriftlichen Grußadresse an die Teilnehmer der Demonstration wenden konnte.

All diese Beispiele beweisen, wem die österreichische Regierung Sympathien entgegenbringt, nämlich nicht den "berechtigten Aspirationen der afrikanischen Befreiungsbewegungen", wie der damalige Außenminister und jetzige Präsident Kirchschläger im Mai dieses Jahres behauptete, sondern einzig und allein den portugiesischen Kolonialisten. Der Schluß, den die arbeitenden Menschen ziehen sollten, ist klar: Solidarität mit den kämpfenden Völkern Afrikas und, als konsequente Unterstützung ihres Kampfes, entschiedener Klassenkampf gegen die herrschende Klasse Österreichs! ●

Grußadresse des Genossen von der PAIGC an die 600 Teilnehmer der Demonstration

Ich begrüße im Namen des Volkes von Guinea-Bissau und den Kapverdischen Inseln die Kampfgenossen, die sich heute versammelt haben, um zu demonstrieren. Das Volk von Guinea-Bissau und den Kapverdischen Inseln hat immer freudig die Solidarität des österreichischen Volkes begrüßt und freut sich, daß sein gerechter Kampf gegen Imperialismus und Kolonialismus trotz aller Manöver seiner Lakaien nicht totgeschwiegen werden kann, sondern immer breitere Unterstützung gewinnt. Dem Volk von Guinea-Bissau und den Kapverdischen Inseln ist klar, daß sein Kampf ein Beitrag für den Kampf auf der ganzen Welt gegen Kolonialismus, Neokolonialismus und Imperialismus ist. Die versammelten Genossen mögen ihre Unterstützung verstärken, damit wir unser gemeinsames Ziel erreichen. Das vereinigte Volk von Guinea-Bissau und den Kapverdischen Inseln ist unbesiegbar. Wir sagen, daß für den Kolonialismus und Imperialismus in unserem Lande kein Platz ist, und wir sind fest entschlossen, ihn immer und überall zu bekämpfen. Um solidarisch zu sein mit jenen, die um ihre Freiheit kämpfen, braucht man keinen Mut, es genügt ganz einfach, ehrlich zu sein. Wir glauben, daß die beste Unterstützung für unseren Kampf der Kampf gegen den Imperialismus im eigenen Land ist.

Es lebe die internationale Solidarität!

Nieder mit dem portugiesischen Kolonialismus!

Wir werden siegen! ●